

# Verkehrte (Um-)Welten: Was Deutschland in Klimafragen von Großbritannien lernen kann

Warum Großbritannien seine Klimaziele erreicht und dadurch neue Industrien schafft – und warum Deutschland hinterherhinkt: Das inspirierende Beispiel der Climate Change Committee.

10/2021

Von **Adair Turner,**  
**Ernst von Weizsäcker**  
und **Martin R. Stuchtey**

Deutschland hat mit drei großen Herausforderungen zu kämpfen: Erstens stehen seine lang etablierten Kernindustrien, wie zum Beispiel die Automobil- und Chemieindustrie, stark unter Druck. Zweitens verfügt Deutschland über kein marktführendes IT-Unternehmen. Und drittens – und das ist vielleicht die größte Überraschung – haben deutsche Unternehmen ausgerechnet in den Umweltindustrien, in denen sie einst führend waren, ihre Marktführerschaft verloren.

## Zögerliche Deutschen und entschlossene Briten

Unterdessen bringt sich jenseits des Ärmelkanals Großbritannien mit dort entwickelten, neuen Umwelttechnologien in Stellung. Wie konnte es dazu kommen? Die Antwort auf diese Frage stellt alle bundesdeutschen Gewissheiten auf den Kopf: Eine zögerliche deutsche Volkswirtschaft steht einer britischen gegenüber, die entschlossen die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen hat, um Umwelt- und Klimaschutztechnologien als den vielleicht wichtigsten Industriemarkt der Zukunft zu etablieren.

Dementsprechend hat das Thema Klima in Großbritannien schon vor der Jahrtausendwende eine große Rolle gespielt. Premierminister Tony Blair (Amtszeit 1997–2007) war einer der ersten führenden Politiker, die eine internationale Einigung auf eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2°C anstrebten. Deutschland war in der Zeit von Bundeskanzler Helmut Kohl (Amtszeit 1982–1998) noch nicht so weit. Generell kann man sagen, dass Inselstaaten und Staaten mit viel niedrig liegendem Flachland die Ernsthaftigkeit des Klimaproblems früher wahrgenommen haben als Kontinentalstaaten.

Doch Großbritanniens Vorsprung bei Klimaschutz und grünem Wachstum hat aber vor allem einen anderen, systematischen Grund. Schon 2008 wurde entschieden, das große Zukunftsthema Klima vor die (partei-)politische Klammer zu ziehen. Durch die Einsetzung des damals geschaffenen Committee on Climate Change (CCC) gelang es, der unablässigen parteipolitischen Aufladung und dem zwischenparteilichen Zwist in der Klimapolitik einen effektiven Riegel vorzuschieben.

## Deutschland: Klimapolitik auf kleinstem Nenner

Das ist eine strukturelle Schwäche, an der die bundesdeutsche Klimapolitik bis zum heutigen Tag leidet. In Deutschland bedarf es, wie wir im März 2021 erlebten, des Bundesverfassungsgerichts (!), um die Politik an ihre Pflicht zur intergenerationellen Gerechtigkeit durch angemessenen Klimaschutz zu erinnern. Mit einer Klimaschutzkommission nach britischem Vorbild wäre Deutschland diese (Selbst-)Beschämung wohl erspart geblieben.

Doch damit nicht genug: In Deutschland hat es nach 2005, also dem Ende der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder, eine Verlangsamung im klimapolitischen Fortschritt gegeben. Dabei spielten insbesondere die ostdeutschen Bundesländer

## Inhalt

- 1 Zögerliche Deutschen und entschlossene Briten
- 1 Deutschland: Klimapolitik auf kleinstem Nenner
- 2 Klimapolitik als Chance: Großbritannien, Finnland, Niederlande und Dänemark
- 2 Ausgerechnet Großbritannien?
- 2 Langfristige Vorteile der Entpolitisierung
- 3 Kontinuierliche Anpassung bereits eingebaut
- 3 Katalytischer Einfluss auf Unternehmensentscheidungen
- 3 Bundesumweltamt und Committee on Climate Change: Ein Vergleich
- 4 Großbritannien: Das einstige „Saudi-Arabien der Kohle“
- 4 Emissionszahlen: Die britische Erfolgsgeschichte
- 4 Deutschlands mangelnder Ehrgeiz
- 5 Hin zur Überparteilichkeit „Made in Britain“
- 5 Spezifische Maßnahmen
- 6 Über die Autoren
- 7 Kernpunkte/Executive Summary

### **Redaktioneller Hinweis:**

Diese Analyse wurde im Rahmen des „Deutschland in Europa“-Projektes zusammen mit dem Global Ideas Center Teil in Berlin entwickelt, der von der Stiftung Mercator gefördert wird.

*Das britische Committee on Climate Change ist autorisiert, verbindliche Festlegungen für die Umsetzung der Energiewende, Landwirtschaftswende, Mobilitätswende, Industriegewende und Infrastrukturwende zu machen.*

*In Deutschland dagegen bedarf es des Bundesverfassungsgerichts (!), um die Politik zu angemessenem Klimaschutz anzuhalten.*

eine Bremserrolle. Für Sachsen und Brandenburg war der Braunkohleabbau eine der wichtigsten Einnahmequellen. Auch das Ende 2019 beschlossene – und als Reaktion auf das BVerfG-Urteil vor kurzem nochmals nachgeschärfte – Klimapakete ist trotz einiger Nachbesserungen im Bundesrat weder progressiv noch effektiv.

Seit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (1994), der ersten Öko- oder Energiesteuer (1999, zuletzt angepasst 2003) und dem Erneuerbare Energiengesetz (EEG, 2000) wartet die Welt seit fast zwanzig Jahren vergebens auf klimapolitische Impulse aus Deutschland. Es waren dieselben 20 Jahre, die Klimaschutz von einer Option zum politischen Imperativ und Umweltschutz von einem Kostenfaktor zum Jahrhundertmarkt machten.

### **Klimapolitik als Chance: Großbritannien, Finnland, Niederlande und Dänemark**

Unterdessen haben andere Länder – neben Großbritannien auch Finnland, die Niederlande und Dänemark – die wirtschaftlichen Chancen einer erfolgreichen Klimapolitik ihrerseits längst verstanden und Deutschland den Schneid abgekauft. Es ist aus deutscher Sicht also höchste Zeit, dass sich Deutschland – auch um der eigenen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten willen – wieder mit an die Spitze setzen sollte. Wie damals bei der Frühphase der Umweltpolitik.

Die entscheidende Frage lautet: Lässt sich das Blatt noch wenden? Das könnte in der Tat der Fall sein, wenn sich die deutsche Politik entschließen würde, den Fuß von der Bremse zu nehmen, an alte deutsche Tugenden in der Ordnungspolitik anzuknüpfen und eine langfristig und systematisch angelegte Klimapolitik zu verfolgen.

### **Ausgerechnet Großbritannien?**

Dass ausgerechnet Großbritannien hierfür als Vorbild dienen könnte, ist ein passender Weckruf. Die Briten mögen sich in Sachen Brexit innengewandt präsentiert haben, doch beim Thema Bewältigung des Klimawandels ist es ihnen gelungen, das Klimathema in das umzuformen, was es im Kern ist: Eine langfristig angelegte, komplexe Managementaufgabe, die innerhalb eines vorgegebenen Rahmens mit der gebotenen Flexibilität, Transparenz und Berechenbarkeit zu lösen ist.

Zuerst sollte man sich auch von der in Deutschland relativ weit verbreiteten (Fehl-)Annahme befreien, dass Großbritannien per se regulierungsfeindlich ausgerichtet sei. Das Gegenteil ist meistens richtig: Wenn die entsprechenden Festlegungen in bestimmten Wirtschaftssektoren getroffen worden sind, achtet die Regierung anschließend stringent auf die Einhaltung der Zielsetzungen.

Was man in Großbritannien zurecht priorisiert, sind fortlaufende Optimierungserwägungen über den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel und die Effektivität der Steuerungsinstrumente. Grundsatzdebatten, wie diese in Deutschland unvermindert stattfinden, findet man unattraktiv, weil sie meistens nicht zielführend sind.

### **Langfristige Vorteile der Entpolitisierung**

Um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu bewältigen, beschloss das Vereinigte Königreich unter Premierminister Tony Blair im Jahr 2006 als entscheidenden Schritt die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, das vom Unterhaus 2008 mit einer beeindruckenden Mehrheit von 463 zu 3 Stimmen gebilligt wurde.

Damals wurde zunächst rechtsverbindlich festgelegt, die Emissionen bis 2050 um 60% gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel wurde 2009 auf 80% heraufgesetzt. Im Juni 2019 wurde es dann mit nahezu einstimmiger parlamentarischer Unterstützung auf die 100%-Marke angehoben. Mit anderen Worten: Das Vereinigte Königreich hat sich dazu verpflichtet, bis Mitte des Jahrhunderts eine in der Bilanz CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft zu haben. Alle wichtigen politischen Parteien unterstützen dieses Ziel.

*Die Briten haben das Klimathema in eine langfristig angelegte, komplexe Managementaufgabe umgeformt – mit der gebotenen Flexibilität, Transparenz und Berechenbarkeit.*

*Die britische Klimapolitik ist durch fortlaufende Optimierungserwägungen über den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel und die Effektivität der Steuerungsinstrumente geprägt.*

Darüber hinaus wurde mit dem Gesetz im Jahr 2008 eine ständige unabhängige Institution, das Committee on Climate Change (CCC), etabliert, als dessen Gründungsvorsitzender der britische Autor dieses Artikels gewählt wurde und von 2008 bis 2012 fungierte. Das CCC ist direkt dem Parlament (und nicht der Regierung) unterstellt. Es empfiehlt – immer mit dem Blick auf das „große“ Ziel 2050 – jeweils für einen Zeitraum von fünf Jahren spezifische „Kohlenstoffbudgets“. Obendrein überwacht es anhand dieses CO<sub>2</sub>-Budgets die tatsächliche Leistung der Regierung. Des Weiteren formuliert es die erforderlichen sektoralen Maßnahmen und Strategien, um das Ziel für 2050 zu erreichen.

### **Kontinuierliche Anpassung bereits eingebaut**

Dieser Ansatz garantiert, dass die britische Klimaschutzpolitik auf nationaler Ebene kontinuierlich an neue wissenschaftliche Erkenntnisse, technologische Entwicklungen und Kostentrends angepasst wird. Das ist der im Vergleich zum eher statischen deutschen Ansatz entscheidende Vorteil der britischen Vorgehensweise.

Hinzu kommt, dass so die politischen Entscheidungsträger in Großbritannien auf allen Ebenen fortlaufend dazu gezwungen werden, sich der Realität der spezifischen Maßnahmen zu stellen, die bis zu den jeweiligen Zwischenterminen zu erreichen sind. Ein fortgesetztes Verpassen von Klimazielen, so wie dies in Deutschland auch im Jahr 2020 ohne den Eintritt der Coronavirus-Pandemie geschehen wäre, wird so nahezu unmöglich.

### **Katalytischer Einfluss auf Unternehmensentscheidungen**

Die Tatsache, dass ein klares Ziel für 2050 festgelegt ist, hat zudem einen katalytischen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen in Großbritannien. Alle Unternehmen im Land gehen mit Blick in die Zukunft davon aus, dass stringente politische Entscheidungen zur Sicherstellung der Klimaneutralität, einschließlich adäquater CO<sub>2</sub>-Preise und anderweitiger Regulierungen, getroffen werden. Das verschafft ihnen ein beträchtliches Maß an Planungssicherheit.

Entscheidend ist aber auch, dass der gesamte Transformationsprozess jenseits der großen Wegmarken mit einer Kette kurzfristiger, detailliert ausgestalteter Verpflichtungen und Maßnahmen für bestimmte Sektoren unterlegt ist. Genau daran hapert es in Deutschland bis heute. Auch von der jüngsten Überarbeitung des Klimagesetzes ist bekannt, dass sie zwar hehre Ziele festlegt, die Maßnahmen zur adäquaten Umsetzung dann aber wieder von den Parteien nach der Bildung der nächsten Bundesregierung beraten werden müssen. Mit anderen Worten: Unsere Klimapolitik bleibt unvermindert der Spielball parteipolitischer Grabenkämpfe.

### **Bundesumweltamt und Committee on Climate Change: Ein Vergleich**

In Deutschland gibt es zwar das Bundesumweltamt. Es gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt und ist daher in der Reichweite seiner Festlegungen limitiert. Anders das britische Committee on Climate Change. Es ist autorisiert, verbindliche Festlegungen für die Umsetzung der Energiewende, Landwirtschaftswende, Mobilitätswende, Industrierende und Infrastrukturwende zu machen.

Ein prägnantes Beispiel großer diesbezüglicher Klarheit ist die Energiewende. Das CCC hat von Anfang an klargestellt, dass die Dekarbonisierung des Stromnetzes schon weit vor dem Jahr 2050 unerlässlich sein wird. Aktuell ist das Vereinigte Königreich auf dem Weg, die Kohlenstoffintensität der Stromerzeugung bis 2030 auf etwa 85 g pro Kilowattstunde zu senken. Dies entspricht ungefähr der Hälfte des heutigen Wertes von 175 g, was sich sehr positiv von dem deutlich höheren heutigen deutschen Wert von 490 g abhebt.

*Die Festlegung klarer klimapolitischer Ziele hat einen katalytischen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen in Großbritannien. Dies verschafft den Unternehmen langfristige Planungssicherheit.*

## **Großbritannien: Das einstige „Saudi-Arabien der Kohle“**

Diese eindeutige Zielvorgabe hat das Ende der Kohleförderung in Großbritannien – immerhin das einstige „Saudi-Arabien der Kohle“ – unumgänglich gemacht. Das letzte Kohlekraftwerk wird spätestens 2023 geschlossen. Ebenso hat sich das Vereinigte Königreich verpflichtet, den Verkauf von Fahrzeugen mit Diesel- und Benzinmotor ab 2030 zu verbieten.

Ein weiterer politisch sehr relevanter Schritt war die Einführung eines nationalen Mindestpreises für Kohlenstoff (Carbon Price Floor, CPF) im Jahr 2013, der auch für die EU-Emissionshandelszertifikate gilt. Diese eine Maßnahme hat nicht nur entscheidend dazu beigetragen, das Verschwinden der Kohle aus dem Stromerzeugungssystem Großbritanniens zu beschleunigen. Es hat auch die gesamte unternehmerische Mentalität in der Schwerindustrie stark verändert.

## **Emissionszahlen: Die britische Erfolgsgeschichte**

Die Emissionszahlen untermauern die britische Erfolgsgeschichte. Seit 1990 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Großbritannien von knapp 600 Millionen Tonnen auf 373,2 Millionen Tonnen im Jahr 2017 gesunken, was einem Rückgang von 37,4% entspricht. In Deutschland gingen sie dagegen nur um 27,5% zurück – von 1.251 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf 907 Millionen Tonnen im Jahr 2017. Verschlimmernd kommt hinzu, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionsminderungen in Deutschland zwischen 2014 und 2017 stagnierten.

Aus deutscher Sicht ist dieses Ergebnis umso überraschender, wenn nicht gar schockierender, weil das Vereinigte Königreich traditionell als viel vorsichtiger beim Einsatz öffentlicher Gelder, der Anwendung von Verordnungen sowie der Erhöhung von Steuern und Nutzungsgebühren gilt. Bei der Erreichung von Umweltzielen ist das offensichtlich nicht der Fall. Da operiert Großbritannien mit großer Stringenz, anders als Deutschland.

Natürlich steht auch Großbritannien mit Blick auf den Klimawandel noch vor großen Herausforderungen und bisher ungelösten Problemen. So warnt das Climate Change Committee davor, dass es trotz rascher Fortschritte in einigen Sektoren (insbesondere bei der Stromerzeugung) in anderen Bereichen (wie etwa der besseren Isolierung von Wohngebäuden) nur langsame Fortschritte gibt.

Und dennoch gilt in der Gesamtbetrachtung, dass der bisher gemachte Fortschritt den Festlegungen entspricht, die in den ersten drei Kohlenstoff-Fünfjahresbudgets gemacht wurden. Darüber hinaus hat der CCC ein klares Mandat, die Bereiche hervorzuheben, in denen der Fortschritt zu langsam ist, und Korrekturmaßnahmen zu fordern.

## **Deutschlands mangelnder Ehrgeiz**

In Deutschland hingegen gibt es immer wieder klare Beispiele für Mängel im ordnungspolitischen Ehrgeiz. Beispiel: das ab dem 1.1.2022 geltende Verbot von Plastiktüten.<sup>1</sup> Das Manöver zielt offensichtlich auf politischen Beifall, nicht jedoch auf systematischen Wandel. Kein Land verbraucht mehr Plastikverpackungen als Deutschland, recycelt wird wenig (15,6% der Post-Consumer Abfälle<sup>2</sup>) und 710.000 Tonnen Plastikmüll werden jährlich exportiert (2017).

Richtig wäre der Schritt in eine zirkulär angelegte Plastikwirtschaft, so dass der Verbrauch von neuen Plastikmaterialien massiv reduziert wird und alle verbleibenden Kunststoffe am Ende ihrer Lebensdauer entweder mechanisch oder chemisch wiederverwendet werden. Das ist gewiss eine enorme industrielle Aufgabe, aber eine, die der industriellen Kompetenz und der Bandbreite der fertigungstechnischen Fähigkeiten Deutschlands sowie seiner globalen Verantwortung und seinem industriellen Führungspotential entsprechen würde.

<sup>1</sup> <https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/bundeskabinett-bringt-plastiktueten-verbot-auf-den-weg-16471350.html>

<sup>2</sup> Plastikatlas 2019, Heinrich-Böll-Stiftung sowie Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), S.36 [https://www.boell.de/sites/default/files/2019-11/Plastikatlas\\_2019\\_3\\_Auflage.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2019-11/Plastikatlas_2019_3_Auflage.pdf); Post-Consumer sind Endverbraucherabfälle, die nach dem Gebrauch aus gewerblichen und haushaltsnahen Bereichen anfallen

In Großbritannien jedenfalls haben sich Regierung und Unternehmen zu einem nationalen Plastikpakt zusammengeschlossen. Gemeinsam traf man dort die Übereinkunft, ab 2025 nur noch rezyklierfähigen Kunststoff auf den Markt zu bringen, 70% der Verpackungen wiederzuverwenden, mindestens 30% Rezyklatanteil einzusetzen und überflüssige problematische Produkte zu verbieten. Die Parteien, die Umweltverbände und fast alle Unternehmen haben unterschrieben.

Die Lektion für Deutschland? Die systematische, langfristig angelegte Wahrnehmung von Umwelt- und Wirtschaftsverantwortung schlägt immer das kurzfristige politische Kalkül.

### **Hin zur Überparteilichkeit „Made in Britain“**

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Überparteilichkeit – dies in einem Land, in dem der parteipolitische Zwist ansonsten wohl noch schärfer ausgeprägt ist als in Deutschland -- ein entscheidender Vorteil für die britische Klimapolitik ist.

Der Beschluss von 2006 hat den ehrgeizigen Klimaschutz aus dem üblichen Parteienstreit herausgezogen. In Deutschland würde so ein Vorgehen vermutlich als verfassungswidrig, wenn nicht als „Verrat an der Demokratie“ verworfen.

Ein Umdenken ist dringend geboten: Auch die Industrie braucht klare Vorgaben, damit die Innovationsrichtung endlich auf Klimaverträglichkeit eingestellt wird. Die Vorgaben müssen das unbestrittene Langfristziel der Dekarbonisierung enthalten. Hierfür muss natürlich eine geeignete Grundgesetz-Interpretation erreicht werden. Aber die Tür in diese Richtung hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem kürzlich ergangenen Urteil ja bereits geöffnet bzw. aufgewiesen.

*Der gesamte Transformationsprozess ist in Großbritannien seit 2008 mit detaillierten Verpflichtungen für bestimmte Sektoren unterlegt. Daran hapert es in Deutschland bis heute.*

### **Spezifische Maßnahmen**

**In den operativen Kontext unserer Zeit übersetzt geht es um das Erreichen der folgenden Maßnahmen:**

1. Die Festlegung von verbindlichen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für alle Branchen
2. Die Einrichtung einer Klimakommission nach britischem Vorbild (die mit echten „Zähnen“ ausgestattet ist, um den erforderlichen Fortschritt sicherzustellen)
3. Ein ambitionierter und langfristig planbarer Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen
4. Die Etablierung von Klimaschutzverträgen für alle schwer dekarbonisierbaren Industrien
5. Eine aktive umweltfreundliche Beschaffung im öffentlichen Sektor
6. Eine der amerikanischen DARPA-ähnliche Innovationsbehörde für Umwelttechnologien
7. Eine Industriepolitik mit dem ausdrücklichen Ziel, die Kopplung der diversen Sektoren voranzutreiben.



**Diese Kurzstudie ist Teil des „Deutschland in Europa“-Projektes des Global Ideas Center in Berlin. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator gefördert.**

#### **Über den Global Ideas Center (GIC)**

Der Global Ideas Center (GIC) gGmbH ist ein virtueller und unabhängiger Think Tank. Er koordiniert ein weltweites, vorwiegend aus Praktikern bestehendes Autorennetzwerk. Wir sind bestrebt, Nationen und Gesellschaften bei der Lösung ihrer Probleme durch die Betonung der Dimension des grenzüberschreitenden Lernens zu helfen.

#### **Über die Strategic Intervention Papers (SIPs)**

Das Ziel unserer “Strategic Intervention Papers” (SIPs) ist, jeweils ein in einer Nation bestehendes spezifisches Problem aufzugreifen und eine breitere öffentliche Debatte zu diesem Thema auszulösen, um es so einer konstruktiven Lösung zuzuführen.

#### **Über unser „Deutschland in Europa“-Projekt**

Das erste Projekt des Global Ideas Center (GIC) ist auf Deutschland fokussiert. Es lotet vorrangig Perspektiven und Ideen aus dem Umfeld seiner europäischen Partner aus, die Deutschland helfen können, seine eigenen politischen Probleme zu lösen. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator gefördert.

#### **Kontakt**

info@globalideascenter.org

#### **Über die Autoren**

Lord Adair Turner war von 2008-2011 der erste Vorsitzende des Committee on Climate Change (CCC) [https://en.wikipedia.org/wiki/Committee\\_on\\_Climate\\_Change](https://en.wikipedia.org/wiki/Committee_on_Climate_Change) in Großbritannien.

Ernst von Weizsäcker war Gründungspräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und Vorsitzender des Umweltausschusses im Deutschen Bundestag.

Martin Stuchtey ist Professor für Ressourcenstrategie an der Universität Innsbruck und Gründer von SYSTEMIQ.

## Kernpunkte:

### Verkehrte (Um-)Welten: Was Deutschland in Klimafragen von Großbritannien lernen kann

1. In Deutschland hat es nach 2005, also dem Ende der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder, eine Verlangsamung im klimapolitischen Fortschritt gegeben. Dagegen hat Großbritannien in der Zwischenzeit entschlossen die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, um Umwelt- und Klimaschutztechnologien als den vielleicht wichtigsten Industriemarkt der Zukunft zu etablieren.
2. Das Ende bundesdeutscher Gewissheiten: Eine zögerliche deutsche Volkswirtschaft steht einer dynamischen britischen Volkswirtschaft gegenüber.
3. Großbritanniens Vorsprung hat einen systematischen Grund. Durch die Einsetzung eines Committee on Climate Change (CCC) wurde dem zwischenparteilichen Zwist in der Klimapolitik ab 2008 ein effektiver Riegel vorgeschoben.
4. Das britische Committee on Climate Change ist autorisiert, verbindliche Festlegungen für die Umsetzung der Energiewende, Landwirtschaftswende, Mobilitätswende, Industriewende und Infrastrukturwende zu machen.
5. In Deutschland dagegen bedarf es des Bundesverfassungsgerichts (!), um die Politik u.a. an ihre Pflicht zur intergenerationellen Gerechtigkeit durch angemessenen Klimaschutz zu erinnern. Mit einer Klimaschutzkommission nach britischem Vorbild wäre Deutschland diese (Selbst-) Beschämung wohl erspart geblieben.
6. Die Briten haben das Klimathema in eine langfristig angelegte, komplexe Managementaufgabe umgeformt, die innerhalb eines vorgegebenen zeitlichen Rahmens mit der gebotenen Flexibilität, Transparenz und Berechenbarkeit zu lösen ist.
7. Wir sollten uns von der in Deutschland verbreiteten (Fehl-)Annahme befreien, dass Großbritannien per se regulierungsfeindlich ausgerichtet ist. Das Gegenteil ist meistens richtig: Wenn die entsprechenden Festlegungen in bestimmten Wirtschaftssektoren getroffen worden sind, achtet die Regierung anschließend stringent auf die Einhaltung dieser Zielsetzungen.
8. Die britische Klimapolitik ist durch fortlaufende Optimierungserwägungen über den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel und die Effektivität der Steuerungsinstrumente geprägt. Grundsatzdebatten, wie diese in Deutschland unvermindert stattfinden, werden als unattraktiv, da meistens nicht zielführend, angesehen.
9. Die Festlegung klarer klimapolitischer Ziele hat einen katalytischen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen in Großbritannien. Stringente politische Entscheidungen, einschließlich adäquater CO<sub>2</sub>-Preise und anderweitiger Regulierungen, verschaffen den Unternehmen langfristige Planungssicherheit.
10. Entscheidend ist aber auch, dass der gesamte Transformationsprozess mit kurzfristigen und detailliert ausgestalteten Verpflichtungen und Maßnahmen für bestimmte Sektoren unterlegt ist. Daran hapert es in Deutschland bis heute.